Der Ortsgemeinderat Veitsrodt ist am 16.10.2025 im Gasthaus Hartmann-Dreher zusammengekommen. Die Sitzung, die von 20:00 bis 21:55 Uhr dauerte und von neun Gästen verfolgt wurde, beschäftigte sich intensiv mit dem Forsthaushalt für das kommende Jahr, der Festsetzung der Brennholzpreise sowie der dringenden Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung.

Zunächst hatten die anwesenden Gäste die Möglichkeit, ihre Fragen im Rahmen der Einwohnerfragestunde zu stellen. Dabei wurde sich nach dem Grund für die Beschilderung mit Tempo 30 in der Hauptstraße erkundigt. Hierzu wurde erläutert, dass es sich um die vorläufige Umsetzung des Antrags der Ortsgemeinde handele. Auch die Geschwindigkeitsmesstafel wurde thematisiert. Diese soll absehbar in der Hauptstraße installiert werden durch den Bauhof. Ein weiterer Bürger wollte nähere Informationen zu einzelnen, in den Gemeindestraßen ausgefallenen Straßenlampen. Hierzu wurde mitgeteilt, dass die Reparatur zeitnah durch einen Elektrofachbetrieb erfolgen solle.

Beschlüsse zu den Tagesordnungspunkten 2 bis 6:

- Zustimmung zum Forstwirtschaftsplan 2026
  Der Rat stimmte dem vom Revierleiter Herrn Sanders vorgestellten Forstwirtschaftsplan für das Haushaltsjahr 2026 einstimmig zu. Trotz geplanter Aufwendungen für Waldpflege, Wildschutz und Wegeunterhaltung (wie dem Weg entlang des Weihers) in Höhe von insgesamt 5.000 €, schließt der Forsthaushalt dank eines erwarteten Holzverkaufs und Fördermitteln voraussichtlich mit einem Überschuss von 918,00 € ab.

- Festlegung der Brennholzpreise
  Ebenfalls einstimmig wurden die Brennholzpreise für den Kommunalwald festgelegt. Die Preise orientieren sich an den vom Forstamt vorgeschlagenen Preisen und gelten bis auf Weiteres:

- Laubhartholz (u.a. Buche, Eiche): 73,00 €/Fm (Festmeter)
- Weichhölzer und Nadelholz: 50,00 €/Fm
- Die Abgabe erfolgt in haushaltsüblichen Mengen pro Haushalt.

- Teilnahme an der Initiative "Jetzt reden WIR – Ortsgemeinden stehen auf!"
  Ein deutliches Signal sendete der Ortsgemeinderat mit dem einstimmigen Beschluss, sich der überparteilichen Initiative „Jetzt reden WIR – Ortsgemeinden stehen auf!“ anzuschließen. Der Rat befürwortet das Forderungspapier, das sich an Bundes- und Landespolitik richtet und eine Stärkung und Revitalisierung der kommunalen Selbstverwaltung verlangt. Zentrale Forderungen sind die Verbesserung der finanziellen Eigenständigkeit, mehr Planungs- und Handlungshoheit sowie die Entbürokratisierung und Stärkung des Ehrenamtes. Die Verwaltung wurde beauftragt, den Beschluss an die Initiatoren zu übermitteln.

- Annahme von Spenden
  Der Rat nahm eine Spende der Kreissparkasse Birkenfeld in Höhe von 1.500,00 Euro für die Regionalförderung an.

- Hochwasserschutzvorsorgekonzept
  Hinsichtlich des Hochwasserschutzvorsorgekonzepts und damit einhergehender Maßnahmen der Ortsgemeinde konnte noch kein konkreter Beschluss erfolgen. Das Konzept ist zunächst im Arbeitskreis Bauen zu priorisieren und zeitlich zu planen, bevor konkrete Umsetzungsbeschlüsse gefasst werden können im Rat.

Die Ortsbürgermeisterin informierte im letzten öffentlichen Tagesordnungspunkt über die Anschaffung neuen Verkehrsmaterials (Kostenpunkt 1.052,00 € netto), den Sachstand im

Hinblick auf die geplanten Arbeiten im Steinernen Gästebuch sowie den Stand der Bearbeitung des Blitzschadens auf dem Marktgelände, bei dem noch die Klärung der Kostenübernahme durch die Versicherung aussteht. Des Weiteren hat die Ortsgemeinde Interesse an einem kostenlosen Defibrillator der Bittmann-Stiftung bekundet, der außen am Markthaus angebracht werden soll.

Es wurden die Termine für den Martinsumzug (11.11.), die Eröffnung der Fastnachtssession (15.11.) und den Weihnachtsmarkt am Nikolaustag (06.12.) bekannt gegeben. Zudem soll zeitnah ein Aufruf zur Organisation der diesjährigen Adventsfenster erfolgen.

Mitzuteilen war weiterhin, dass im August ein Elektrokasten vom Marktgelände entwendet worden ist. Die Gemeinde bittet hierzu um sachdienliche Hinweise bis zum 01.11.2025. Sofern sich der Sachverhalt nicht aufklären lässt, wird Strafanzeige zu stellen sein.

Im nicht-öffentlichen Teil wurde ein Beschluss zu einer Grundstücksangelegenheit gefasst. Die Ortsbürgermeisterin wurde beauftragt, die Möglichkeiten eines Verkaufes zunächst abzuklären und dann ggf. in Verkaufsverhandlungen mit dem Anfragenden zu treten, damit der Rat erneut in der Sache beraten und entscheiden kann. Unter dem letzten Tagesordnungspunkt wurden abschließend weitere Anfragen und Mitteilungen behandelt.